

Wie weiter im Kampf gegen Rechtsextremismus? Zivilgesellschaftliche Positionen zur Zukunft der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Täglich ereignen sich laut Verfassungsschutzbericht 2008 in Deutschland drei rechtsextreme, antisemitische oder rassistisch motivierte Gewalttaten. Jeder dieser Angriffe richtet sich gegen Menschen, die nicht in das Weltbild von Rechtsextremisten passen. Die Angegriffenen sind Migrant/innen, nichtrechte Jugendliche, Flüchtlinge, Obdachlose, engagierte Kommunalpolitiker/innen und Gewerkschafter/innen. Sie werden verletzt, ihrer wirtschaftlichen Existenz durch Brandanschläge beraubt und oftmals verändert ein rechtsextremer Angriff ihr Leben für lange Zeit. Zudem sind wir in diesem Jahr – wie auch in den Jahren zuvor – erneut mit der tödlichen Dimension rechter Gewalt konfrontiert: In Dresden starb die schwangere Marwa E. S., weil sie im Weltbild eines rassistischen Gewalttäters kein Recht auf ein Leben in Deutschland haben sollte.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Stärkung demokratischer Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Wandel in der rechtsextremen Szene – mit einer zunehmenden Betonung von parteipolitischer und parlamentarischer Arbeit einerseits und einer wachsenden Gewaltbereitschaft in sozialen Netzwerken und Kameradschaften andererseits – stellt sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die gesamte demokratische Gesellschaft in Deutschland vor neue Herausforderungen. Dies umso mehr, als Umfragen eine Zunahme von menschenfeindlichen Einstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft feststellen.

In den letzten zehn Jahren sind viele der erfolgreichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus lediglich zeitlich begrenzt projekt- und programmabhängig gefördert worden. Dabei hat sich gezeigt, dass die traditionellen ordnungspolitischen Maßnahmen ergänzt werden müssen, um eine niedrigschwellige, unabhängige und aufsuchende Arbeit gegen Rechtsextremismus. **Im Dezember 2010 enden die Bundesprogramme „kompetent. für Demokratie“ und „VIELFALT TUT GUT“.** Deswegen ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um über die Weiterentwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zu diskutieren, sie zu verstetigen und finanziell besser auszustatten.

Gesellschaftliche Demokratieoffensive starten

Eine erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus benötigt dauerhafte Ansprechpartner/innen und Initiativen, die vor Ort sind und Prozesse anstoßen und langfristig begleiten. **Wichtig ist daher die Verstetigung der bewährten Projekte durch eine langfristige und verlässliche Förderung auf Bundesebene.** Dabei sind transparente Qualitätskriterien heranzuziehen, die auf den Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Praxis und wissenschaftlicher Expertise sowie den Ergebnissen der Begleitforschung der vergangenen Jahre beruhen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, im parlamentarischen Rahmen für eine weiterführende Diskussion eine Demokratie-Enquete im nächsten Bundestag einzurichten.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kann langfristig nur durch eine umfassende Demokratieoffensive der gesamten Gesellschaft bewältigt werden.

Demokratische Werte wie Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde müssen für alle Menschen konkret erfahrbar gemacht werden, um von allen angenommen und verteidigt zu werden.

Arbeit gegen Rechtsextremismus stärker lokal verankern

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss insbesondere in den Kommunen geführt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik, engagierter Bürgerschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf gleicher Augenhöhe sollte unbedingt verstärkt werden. Eine finanzielle Unabhängigkeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure von den kommunalen Ebenen muss gewährleistet sein. **Darüber hinaus ist die Entwicklung von Leitbildern für eine**

menschenrechtsorientierte Kommune in Gemeinden und Städten gemeinsam mit Bürger/innen nötig. Vorbild dafür könnte die im Jahre 2000 verabschiedete „Europäische Charta zum Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ sowie deren „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ sein.

In die Demokratie und Zivilgesellschaft investieren

Zentral bei der langfristigen Bearbeitung von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sind die lokalen, zivilgesellschaftlichen Initiativen. Partizipation und Mitgestaltung von demokratischen Prozessen müssen deshalb durch Gemeinwesenarbeit unterstützt und befördert werden. Dafür ist die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Ost- und Westdeutschland nötig: Bürgerinnen und Bürger zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ermutigen, sie an konkreten Entscheidungsprozessen beteiligen, ihr Engagement anerkennen, lokale Initiativen und Bündnisse bei Aktivitäten stärken. Beim aktuellen Bundesprogramm zeigen sich gerade hier Schwächen.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind in Problemregionen ohne bzw. mit zu wenig finanziellen Mitteln ausgestattet. Ein eigenes Bundesprogramm in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktionsfonds in den Ländern kann dem entgegenreten. Neue Beteiligungsformen, wie z.B. Demokratieaudits und Open Spaces, können hier integriert und ihre Anwendung in den Kommunen unterstützt werden.

Politische Bildung und Prävention verstärken

Angebote der politischen Bildung sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene sind essentiell für die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Denn rechtsextreme Einstellungen sind kein Jugendproblem. Politische Bildungsangebote sollten alle Formen von Demokratiefeindlichkeit thematisieren und deren Erscheinungsformen sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch in Migrant/innen-Communities bearbeiten. **Insbesondere an Schulen und im Internet als zentrale Orte der Bildung müssen außerschulische Bildungsangebote langfristig angelegt und dauerhaft gefördert werden, um eine couragierte, demokratische Kultur zu etablieren.** Zudem benötigen auch Verwaltungen, Polizei und andere Regeldienste für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausreichende Kapazitäten und inhaltliche Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Fortbildungsangebote. Schließlich ist für die Projekte eine Vollfinanzierung im Rahmen eines nachhaltig angelegten Bundesprogramms notwendig, da eine kurzfristige Teilfinanzierung Gefahr läuft, im Interesse der weiteren Förderer (etwa der Länder) prestigeträchtigen Projekten den Vorzug zu geben.

Beratungsstrukturen in Ost und West sichern

In den vergangenen acht Jahren hat sich gezeigt, dass die professionelle Unterstützung und Beratung von Betroffenen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt unverzichtbar ist. Denn die Betroffenen und ihre Angehörigen – die aus allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen kommen – nehmen die staatliche Förderung der Opferberatungsprojekte als Anerkennung ihrer besonderen Opfererfahrung wahr. Nach Ansicht von sozialwissenschaftlichen Studien und politisch Verantwortlichen haben sich auch die Mobilien Beratungsteams als hochwirksam erwiesen. **Die erarbeiteten Qualitätsstandards zielen darauf, langfristige Beratungsprozesse gegen Rechtsextremismus und zur Demokratiestärkung vor Ort anbieten zu können.** Die Ausrichtung und Professionalität der ostdeutschen Projekte in freier Trägerschaft haben Vorbildcharakter für die zukünftig zu finanzierenden bundesweiten Beratungsangebote. **Eine Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Opferberatungsstrukturen auf Westdeutschland ist dringend notwendig.** Um die Kontinuität der langjährigen Arbeit auf fachlich hohem Niveau fortzuführen, bedarf es auch in Zukunft der Bereitstellung ausreichender Mittel durch die Bundesebene in gemeinsamer Verantwortung und Strategie mit den Ländern. Außerdem werden die zivilgesellschaftlichen Partner als lokale Anker benötigt, um die Arbeit der Projekte vor Ort zu implementieren und langfristig weiterzuentwickeln.

August 2009

Liste der Unterzeichner/innen (in alphabetischer Reihenfolge)

1. Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.
2. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
3. Amadeu Antonio Stiftung (BAGD)
4. Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg
5. AUFANDHALT e.V.
6. Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), Braunschweig
7. Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus (RB Arnshausen)
8. BildungsBausteine gegen Antisemitismus (BAGD)
9. Bildungsteam Berlin Brandenburg e.V.
10. Bürger.Courage e.V., Dresden
11. Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur Jugendarbeit und Schule e.V.
12. Friedenskreis Halle e.V.
13. Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
14. Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
15. Gewalt Akademie Villigst
16. Honestly Concerned e.V.
17. Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
18. Kulturbüro Sachsen e.V. – Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband e.V. (BAGD)
19. Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.
20. Laut gegen Nazis e.V.
21. Lobbi e.V., Landesweite Opferberatung in Mecklenburg-Vorpommern (BAGD)
22. Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. (BAGD)
23. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin - ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. (BAGD)
24. Mobile Beratung im RB Detmold in Trägerschaft des AKE-Bildungswerk e.V.
25. Mobile Beratung im RB Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)
26. Mobiles Beratungsteam Brandenburg
27. Mobiles Beratungsteam Hessen (BAGD)
28. Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin
29. MOBIT e.V. Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, (BAGD)
30. Netzwerk für demokratische Kultur e.V. Wurzeln (BAGD)
31. Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (BAGD)
32. Netzwerk für Demokratie und Courage, Sachsen-Anhalt e.V.
33. Netzwerk Tolerantes Sachsen e.V. (BAGD)
34. Opferberatung der RAA Sachsen e.V. (BAGD)
35. RAA Berlin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (BAGD)
36. RAA Dortmund, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
37. RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. (BAGD)
38. Rautenberg, Dr. Erardo Cristoforo, Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg
39. Reach Out Berlin - Ariba e.v.
40. Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus, Bundeskoordination
41. SOS-Rassismus-NRW im Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen
42. Thüringer Hilfsdienst für Opfer und Betroffene rechtsextremer Gewalt
43. United-Verein für eine Gesellschaft ohne Rassismus e.V.
44. ver.di Jugendbildungsstätte Konradshöhe e.V.
45. Zentralrat der Juden in Deutschland